



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

# Bündnis Verkehrswende in der Arbeitswelt

Erklärung



Mobilität und Lebensqualität.  
Für Stadt und Land. 

# Erklärung Bündnis Verkehrswende in der Arbeitswelt

## EINLEITUNG

Baden-Württemberg verfolgt das ehrgeizige Ziel, bis 2040 klimaneutral zu sein. Schon bis 2030 muss dazu im Verkehr mehr als die Hälfte geschafft sein: Die CO<sub>2</sub>-Emissionen müssen um 55 Prozent reduziert werden gegenüber dem Vergleichsjahr 1990. Im Landeskonzept Mobilität und Klima erarbeitet das Land mit Kommunen konkrete Maßnahmen dafür. Bei der Umsetzung kommt es auch auf die Unterstützung aus der Arbeitswelt an. Für die Erreichung der Klimaschutzziele im Pendel- und Besuchsverkehr ist das Bündnis ein zentraler Baustein.

Mobilität ist eine wichtige Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und Wohlstand. Beschäftigte, Unternehmen, Kommunen und Land stehen vor einer gewaltigen Herausforderung. Hier spielt die betriebliche Mobilität eine wichtige Rolle: Knapp ein Drittel aller Wege<sup>1</sup> werden in Baden-Württemberg im Zusammenhang mit dem Beruf oder der Ausbildung zurückgelegt. Dabei dominiert vor allem bei den Arbeitswegen nach wie vor der Pkw. Auch die Neufahrzeugflotte wird überwiegend gewerblich zugelassen.

Mobile Beschäftigte sowie Kund:innen sind für uns eine Selbstverständlichkeit. Die Nachhaltigkeit dieser Mobilität stand bislang nicht im Fokus. Zusammen mit vielen weiteren Akteuren stellen wir uns deshalb der Herausforderung und setzen auf nachhaltige Mobilität, die wir mit Betrieblichem Mobilitätsmanagement voranbringen. Damit senken wir unter dem Strich Mobilitätskosten und leisten einen Beitrag für Gesundheit und Arbeitgeberattraktivität.

Als Bündnis Verkehrswende in der Arbeitswelt wollen und werden wir als Wirtschaft, Arbeitgeber, Gewerkschaften, Verbände und Zivilgesellschaft unseren Beitrag leisten und einen breiten Konsens zu einer umsetzbaren betrieblichen Mobilität der Zukunft schaffen. Dabei sind uns die unterschiedlichen Grundvoraussetzungen und Möglichkeiten beispielsweise zwischen Stadt und Land sowie zwischen großen und kleinen Unternehmen sowie unterschiedlichen Branchen bewusst. Dennoch müssen unsere heutigen Bemühungen dabei innerhalb weniger Jahre viel stärker werden, damit sie ausreichend Wirkung entfalten. Wir wollen spätestens 2027 sichtbare

<sup>1</sup> Vgl. Personenverkehr in Stadt und Land. Befragungsergebnis Mobilitätsverhalten 2017, abrufbar unter: [Ministerium für Verkehr 2017: Personenverkehr in Stadt und Land. Befragungsergebnis Mobilitätsverhalten 2017.](#)

Wirkungen vorzeigen können. Unser Ziel bis 2040 ist es, Pendel- und Reiseverkehre klimaneutral zu gestalten und wo sinnvoll zu vermeiden. Dabei spielen auch multimodale Lösungen eine wichtige Rolle.

Wir werden dafür in unseren Handlungsbereichen wirksame Maßnahmen für die Verkehrswende prüfen und für eine zeitnahe Umsetzung werben. Dazu empfehlen wir die folgenden Maßnahmen:

### 1. KLIMAFREUNDLICHE ANTRIEBE IN DER FIRMIENWAGENFLOTTE

Berechnungen des Landes zeigen, dass bis 2030 jedes zweite Auto klimaneutral unterwegs sein muss, um die Klimaziele für Baden-Württemberg zu erreichen. Wir werben bei unseren Mitgliedern sowie Partner:innen dafür, ab sofort in die Umstellung der Flotte einzusteigen und ab dem Jahr 2027 weitgehend nur noch lokal emissionsfreie Pkw neu zu beschaffen. Das gilt sowohl für Poolfahrzeuge als auch für privat genutzte Dienst-Pkw. Dabei spielen Anreizsysteme und Förderungen eine wichtige Rolle. Ob dieses Ziel auch für Nutzfahrzeuge umsetzbar ist, hängt vom verfügbaren Angebot und den jeweiligen Fahrprofilen ab. Dabei wissen wir, dass aufgrund ihrer wirtschaftlichen Lage nicht alle Betriebe in neue lokal emissionsfreie Fahrzeuge investieren können. Auch weitere Ausnahmen, z. B. wo geeignete Fahrzeuge am Markt nicht verfügbar sind oder keine vertraglichen Spielräume zugunsten des jeweiligen Betriebes bestehen, müssen möglich bleiben.



Im Sinne der Technologieoffenheit soll die Elektromobilität schnellstmöglich ausgebaut werden, ohne die parallele und zusätzliche Entwicklung anderer Technologien zu vernachlässigen. Der für die Elektrifizierung notwendige Ausbau der Ladeinfrastruktur muss verstärkt geplant, gefördert und umgesetzt werden. Hierfür müssen insbesondere die Netzbetreiber die infrastrukturellen Voraussetzungen schaffen und umfassende Gelder durch die öffentliche Hand bereitgestellt werden. Wir unterstützen den vom Strategiedialog Automobilwirtschaft angestoßenen Prozess, die Hemmnisse beim Aufbau der Ladeinfrastruktur zu identifizieren und erwarten zügige Schritte, um sie abzubauen. Zudem muss die Ladeinfrastruktur einfach nutzbar sein. Die Anbieter sollen ein einfaches, transparentes Bezahlssystem bereitstellen sowie faire Preise anbieten. Als Grundvoraussetzung fordern wir zudem eine gesteigerte Flächenbereitstellung bzw. -freigabe durch Bund,

Land und Kommune ein, damit insbesondere die öffentliche Ladeinfrastruktur stärker ausgebaut werden kann. Wir empfehlen unseren Mitgliedern sowie Partner:innen, die Ladeinfrastruktur des Jahres 2030 bereits heute zu planen und unmittelbar in die Umsetzung einzusteigen.



## 2. DIENSTWAGEN UND KOSTENFREIES PARKEN



Bei der Verkehrsmittelwahl ist eine zunehmende Flexibilität hin zu Bus und Bahn sowie Rad- und Fußverkehr zu verzeichnen. Berechnungen des Landes zeigen, dass bis 2030 ein Fünftel weniger Kfz-Verkehr notwendig sind<sup>2</sup>. Es gibt Alternativen zum Dienstwagen, die gleichzeitig umweltfreundliche Mobilitätsangebote fördern. Bereits heute erproben viele Unternehmen die Möglichkeit, den privat genutzten Dienstwagen durch ein Mobilitätsbudget zu ergänzen oder zu ersetzen. Solche Modelle sind dort erfolgreich, wo die Alternativen zur Pkw-Nutzung gut ausgebaut sind. Idealerweise deckt ein Mobilitätsbudget sowohl die ÖPNV-Nutzung als auch die Nutzung der neuen Formen der Multimodalität ab (Dienstradleasing, Car Sharing, Bike Sharing etc.). Wir empfehlen unseren Mitgliedern sowie Partner:innen daher, den Einsatz von Mobilitätsbudgets oder anderen geeigneten betrieblichen Fördermaßnahmen bis 2024 zu prüfen und dann zu entscheiden, ob eine Einführung Sinn macht bzw. möglich ist.

Wir sehen ein erhebliches Potenzial für die nachhaltige Gestaltung von Geschäfts- und Dienstreisen – auch über Corona hinaus. Dazu werben wir bei unseren Mitgliedern sowie Partner:innen, in Reiserichtlinien Bus und Bahn, Mitfahren, Pedelec/Fahrrad sowie klimafreundlichen Fahrzeugen Vorrang einzuräumen. Dazu gehört, dass in Reiserichtlinien stärker auf Klimaaspekte Rücksicht genommen wird und z. B. entstehende Mehrkosten (z. B. durch Übernachtung bei innereuropäischen Reisen) getragen werden. Ebenso sollte geprüft werden, ob die Nutzung eines dienstlichen klimafreundlichen Fahrzeuges oder Poolfahrzeuges Vorrang vor der Nutzung eines dienstlich genutzten Privatfahrzeuges haben kann.

Parkraum verursacht Kosten, auch wenn er Beschäftigten sowie Kund:innen kostenlos zur Verfügung gestellt wird. Zudem stellt kostenloser Parkraum einen Anreiz zur Pkw-Nutzung dar. Wir empfehlen unseren Mitgliedern sowie Partner:innen, im ersten Schritt Kostentransparenz bei bislang frei verfügbarem Parkraum herzustellen. Ein weiterer Schritt könnte sein, Parkflächen

<sup>2</sup> Vgl. Darstellung der Ziele für Verkehrswende in Baden-Württemberg, abrufbar unter: [Ziele für Verkehrswende in Baden-Württemberg](#); Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg. Die Verkehrswendeziele beziehen sich auf das Klimaschutzenszenario.

für Beschäftigte in eine Parkraumbewirtschaftung zu überführen. Mögliche Einnahmen daraus sollen für Maßnahmen des Betrieblichen Mobilitätsmanagements eingesetzt werden. Denkbar sind andere Möglichkeiten der Gratifikation z. B. über eine Verrechnung eines Parkplatzanspruchs mit dem individuellen Mobilitätsbudget. Für Gewerbetreibende, wie z. B. Handwerk oder soziale Dienste, sollten im öffentlichen Raum Ausnahmegenehmigungen bleiben. Auch für Kund:innen sind kreative Lösungen für öffentlich zugängliche Parkflächen gefragt, die Anreize setzen, mit alternativen Verkehrsmitteln anzureisen.



### 3. BUS UND BAHN ATTRAKTIVER MACHEN



Die Erreichbarkeit von Standorten für Beschäftigte, Kund:innen sowie für Besucher:innen ist zentral für die Attraktivität von Unternehmen. Viele Unternehmensstandorte, vor allem in Innenstädten, sind bereits heute gut an den öffentlichen Nahverkehr angebunden. Vielerorts ist aber ein besseres Nahverkehrsangebot notwendig, das allen zugutekommt und die örtliche Daseinsvorsorge stärkt. Die individuellen Entwicklungschancen werden von den Möglichkeiten und Wechselwirkungen zur Mobilität und Teilhabe beeinflusst. Nachhaltige Mobilität ist daher auch für die Ausbildung und Gewinnung von Fachkräften relevant. Als Bündnis Verkehrswende in der Arbeitswelt setzen wir uns gegenüber den ÖPNV-Aufgabenträgern für eine bedarfsgerechte Angebotsausweitung zur besseren Anbindung von Unternehmen und Einrichtungen ein, damit diese flächendeckend eine attraktive Mobilitätsalternative erhalten. Erste Schritte sind die Ziele des Landes für Ausbau, Zuverlässigkeit, Barrierefreiheit und Komfort bei Bus und Bahn. Un-erlässlich für die Attraktivitätssteigerung von Bus und Bahn ist die erhebliche Erhöhung und Verstetigung der Mittel durch Bund, Land und Kommunen zur Finanzierung eines bedarfsge- rechten, inklusiven und bezahlbaren ÖPNV.

Wo die nachträgliche Erschließung mit dem Linienverkehr langwierig ist, können On-Demand-Systeme sowie unternehmensfinanzierte und unternehmensübergreifende Bus-Verkehre Abhilfe schaffen. Deshalb empfehlen wir unseren Partner:innen solche Angebote anzubieten. Landkreise, Städte und das Land sollen gleichzeitig eine attraktive ÖPNV-Anbindung implementieren. Dabei sollen auch die Interessensvertretungen der Beschäftigten – Betriebsräte, Personalräte und Mitarbeitervertretungen – zu (Gesprächs-)Formaten über die Entwicklung von Gewerbegebieten und deren Anbindung (z. B. mit Schichtbussen) eingeladen werden.

Wir werben bei unseren Mitgliedern sowie Partner:innen, bis 2024 die Beschäftigtenmobilität durch Mobilitätsbefragungen und Wohn-Standort-Analysen zu erheben. Mit Beschäftigten und Kommunen sowie weiteren Aufgabenträgern sollen dazu konkrete Vorschläge zur Verbesserung erarbeitet werden. Dies ist insbesondere für große Arbeitgeber relevant. Denkbar sind auch betriebsübergreifende Kooperationen in Gewerbegebieten. Wir empfehlen, bis spätestens 2027 spürbare Verbesserungen des Angebots umzusetzen.

Mit der Einführung des Deutschlandtickets ergeben sich aus unserer Sicht neue Chancen für eine Verlagerung der betrieblichen Mobilität auf den ÖPNV. Wir empfehlen, dass die Arbeitgeber – sofern passend – die Nutzung des ÖPNV ihrer Beschäftigten durch Zuschüsse zum Jobticket fördern. Dies dient auch der Arbeitgeberattraktivität.



#### 4. ANREIZE ZUM RADFAHREN UND GEHEN ERHÖHEN



Das Potenzial des Radfahrens im Pendelverkehr ist hoch. Dabei hat das Radfahren viele Vorteile gerade auch für die Gesundheit. Wir setzen uns bei Land und Kommunen für durchgängige, komfortable und sichere Radwegenetze ein, die ganzjährig nutzbar sind. Besonders attraktiv sind Radschnellwege, die Gewerbegebiete und große Unternehmen für Fahrradpendler:innen erschließen. Wir werben bei unseren Mitgliedern sowie Partner:innen, kontinuierlich und bis 2027 die Fahrradfreundlichkeit der Unternehmensstandorte auszubauen und betriebliche Hindernisse des Pendelns mit dem Rad abzubauen. Radabstellanlagen auf dem eigenen Gelände sind für die Fahrradfreundlichkeit von Unternehmensstandorten unabdingbar und sollen daher kontinuierlich ausgebaut werden. Radabstellanlagen – auch für Lastenräder und Fahrradanhänger – sollten sicher, überdacht und möglichst nah an den Betriebsgebäuden platziert werden sowie Lademöglichkeiten für Pedelecs und E-Bikes vorhalten. Duschen, Umkleiden und Lager- und Trocknungsmöglichkeiten machen das Radfahren auch auf längeren Strecken attraktiv.

Die Erreichbarkeit für Beschäftigte sowie Kund:innen soll bis 2027 auch per Rad und zu Fuß gegeben sein und die Standortentwicklung (insbesondere die Zufahrten) entsprechend angepasst werden. Werksgelände sollten zum Beispiel wo die Betriebssicherheit es zulässt für den Radverkehr geöffnet werden, damit Beschäftigte ihre Fahrräder möglichst nah an ihrem

Arbeitsplatz abstellen können. Die Mitnahme von Fahrrädern in Bahnen soll erleichtert und die Abstellmöglichkeiten an Haltestellen ausgebaut werden.



## 5. MITFAHREN FÖRDERN UND MOBILES ARBEITEN AUSBAUEN



Der durchschnittliche Besetzungsgrad liegt bisher nur bei rund 1,5 Personen pro Pkw. Das Klimaschutzpotenzial beim Mitfahren ist also sehr groß. Wir wollen deshalb Fahrgemeinschaften fördern und so das Ziel einer Erhöhung des Besetzungsgrads erreichen. Das Land wird die Erfahrungen zur Förderung des Mitfahrens z. B. in Frankreich beobachten. Wir werben bei unseren Mitgliedern sowie Partner:innen, Vermittlungssoftwares gepaart mit Anreizen wie z. B. attraktive Parkplätze für Fahrgemeinschaften einzusetzen. Wir empfehlen die gemeinsame Nutzung einer Software durch mehrere Unternehmen eines (überregionalen) Gewerbegebiets bzw. einer Kommune, um eine bestmögliche Auslastung der Mitfahrangebote zu erreichen.

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie viele Wege durch mobiles Arbeiten und andere Formen des orts- und zeitflexiblen Arbeitens vermieden werden können: Rund ein Viertel. Dieses neue Arbeiten eröffnet dabei auch Chancen für Familie, Pflege und Beruf. Wir merken gleichwohl an, dass nicht alle Beschäftigten orts- und zeitflexibel arbeiten können. Wir empfehlen unseren Mitgliedern sowie Partner:innen, diese Art des Arbeitens im Rahmen der betrieblichen Gegebenheiten zu ermöglichen.

## WEITERER PROZESS

Um diese Maßnahmen umzusetzen, arbeiten die Bündnispartner:innen eng zusammen. Weitere Beitritte sind erwünscht. Die Bündnispartner:innen empfehlen dem Land, einen zentralen Anlaufpunkt für das Betriebliche Mobilitätsmanagement einzurichten, der durch Beratung und Orientierung über Zuständigkeiten und Fördermöglichkeiten private und gemeinnützige Akteure unterstützt. Neben den gemeinsamen Empfehlungen kündigen die Bündnispartner:innen eigene ambitionierte und konkrete Beiträge zur Umsetzung der Verkehrswende in der Arbeitswelt an (vgl. Konkrete Schritte).

## Übersicht: Highlights an konkreten Schritten



- Bei SAP werden ab 2025 Beschäftigte mit Anspruch auf einen Dienstwagen nur noch Fahrzeuge mit lokal emissionsfreiem Antrieb bestellen können. Bis spätestens 2030 wird die gesamte Fahrzeugflotte mit lokal emissionsfreiem Antrieb ausgestattet sein.
- Der ACE Auto Club Europa wird 2023 eine Photovoltaikanlage in Betrieb nehmen, die künftig ca. 25% des Strombedarfs abdecken wird. Mit dem durch die Photovoltaikanlage gewonnenen Strom sollen dann u. a. die insgesamt 16 vorhandenen Ladestationen der Stuttgarter Zentrale betrieben werden. Davon stehen zwei Ladestationen der Öffentlichkeit barrierefrei zur Verfügung, die restlichen dienen zur Beladung der elektrischen Dienstwagen. Bereits seit 2019 stellt der ACE Auto Club Europa seine Dienstfahrzeuge sukzessive auf batterieelektrische Fahrzeuge um und wird dies spätestens 2030 abgeschlossen haben. Zudem wird ab 2025 der tarifvertragliche monatliche Fahrtkostenzuschlag nur noch für CO<sub>2</sub>-neutrale Fahrzeuge gewährt.
- SAP führt im April 2023 bundesweit ein Mobilitätsbudget ein, mit dem klimaneutrale Mobilität unterstützt wird. Alle Beschäftigten mit Anspruch auf einen Dienstwagen können in Zukunft auch eine BahnCard 100 oder mit einem monatlichen Budget auswählen, ob sie privat mit dem Zug, ÖPNV, Mikromobilität, Car-Sharing, Taxi oder der Straßenbahn fahren. Damit wird eine attraktive, flexible und nachhaltige Alternative zum Dienstwagen bereitgestellt.
- Roche Diagnostics bietet bei Verzicht auf den Dienstwagen eine Mobility Allowance oder BahnCard 100 an. Für Pendler:innen wird bei Verzicht auf den Parkplatz ein Mobilitätsbonus für den ÖPNV zur Verfügung gestellt.
- Der ACE Auto Club Europa stellt schon heute an seinen Standorten Parkraum für Beschäftigte nicht mehr kostenlos zur Verfügung. Der früher kostenlos zur Verfügung gestellte Parkraum wurde in ein kostenpflichtiges System umgewandelt. Die monatlichen Parkgebühren fließen vollständig in den betrieblichen Gesundheitsfond, aus dem auch ein Zuschuss für Dienstradleasings finanziert wird.





- Die Vetter Pharma bietet den Beschäftigten das 49 € Ticket als Jobticket an und übernimmt die Kosten komplett.
- VVS hat sich gemeinsam mit anderen Branchenakteuren intensiv – und letztlich mit Erfolg – dafür eingesetzt, dass es das Deutschlandticket auch als JobTicket geben wird. Bei einem Arbeitgeberzuschuss von 25 Prozent (zu Beginn also 12,25 €) gibt es weitere 5 Prozent Rabatt. Selbstverständlich werden die Verkehrsunternehmen interessierte Arbeitgeber hierzu beraten und bei der Umsetzung unterstützen.
- Die baden-württembergischen IHKs und das HANDWERK BW setzen sich als Interessenvertreter der Wirtschaft für die ÖPNV-Erreichbarkeit von Gewerbegebieten ein. Zudem beteiligen sie sich als Träger öffentlicher Belange bereits bei der Planung neuer Gewerbegebiete und bringen die ÖPNV-Erreichbarkeit als wichtigen Standortfaktor ein. Die Umweltberatungen der Handwerkskammern können zu Wohn-Standort-Analysen beitragen.
- An vielen Bosch-Standorten wurden bereits Mobilitätsanalysen durchgeführt, aus denen gezielte Maßnahmen zur Ergänzung und Stärkung eines multimodalen Mobilitätsportfolios abgeleitet wurden, die Topografie des Standorts, Bedürfnisse der Beschäftigten und strategische Ziele des Betrieblichen Mobilitätsmanagements berücksichtigen. Intern werden die Maßnahmen unter der Kampagne „go for mobility“ beworben.
- Bosch bietet mit sechs Linien ein umfangreiches Shuttlebus-Angebot für Beschäftigte im Großraum Stuttgart an – die Busse sind mit WLAN ausgestattet, die Fahrtzeit kann als Arbeitszeit genutzt werden; der Hauptfokus des Busverkehrs liegt auf dem Zubringerverkehr zu Standorten, teilweise werden die Busse auch zur Überbrückung der „last mile“ zwischen ÖPNV und Standort eingesetzt.
- Die IG Metall hat die Grundlage für die betrieblichen Regelungen zum Fahrradleasing für die Betriebe der Metall- und Elektroindustrie in Baden-Württemberg abgeschlossen.
- Der ADFC zertifiziert fahrradfreundliche Betriebe mit EU-abgestimmten Siegeln. Die Erfahrungen daraus stellt er für andere Organisationen als best practice bereit. Der ADFC BW berät Unternehmen auf Basis von Analysen und Befragungen auf dem Weg



zur Fahrradfreundlichkeit und schafft Verknüpfungen zur lokalen Verwaltung, um infrastrukturelle Bedarfe der Unternehmen abstimmen zu können. Der ADFC bietet rad-spaß-Fahrtrainings und andere Dienstleistungen (z. B. geführte Unternehmensausflüge, Infostände/Vorträge/Workshops im Rahmen von Gesundheits- und Mobilitätstagen etc.) für Unternehmen an, damit Beschäftigte zum Radpendeln motiviert werden und Radpendler:innen sicher mit dem Rad zur Arbeit kommen.

- Das Universitätsklinikum Heidelberg, die RKH Kliniken und die Vetter Pharma bieten attraktive Fahrradabstellanlagen, Lademöglichkeiten für E-Bikes und Verleihradsystem an.
- An den RKH Kliniken sind zudem Umkleiden, Duschen und Trockenraum für die Fahrradkleidung verfügbar. Um das Gelände der Klinik in Ludwigsburg herum gibt es mehr Radabstellplätze als in der Innenstadt von Ludwigsburg.
- Das Universitätsklinikum Heidelberg hat weiterhin beschlossen die Radabstellanlagen auszubauen. Dazu führt das UKHD 2023 im ersten Schritt eine Bedarfsanalyse aus. Das UKHD organisiert regelmäßig Aktionen für Radfahrer:innen: Radchecks (zweimal jährlich), Routen- und Helmberatung, Aktion plus 5 für sichereres Radfahren etc. und nimmt an Aktionen wie „Mit dem Rad zur Arbeit“ und „Stadtradeln“ teil, um mehr Beschäftigte zum Radfahren zu motivieren.
- Das Mitfahren fördern die Unternehmen der Schwarz Gruppe, SAP, Roche Diagnostics und das RKH Klinikum – nicht nur für die eigenen Beschäftigten – mit der Mitfahrplattform „twogo“.
- Der DGB Baden-Württemberg wird seine Multiplikator:innenschulung zum Betrieblichen Mobilitätsmanagement ausbauen, um Betriebs- und Personalräte für das Thema zu begeistern und für die Durchführung zu gewinnen. Er wird im Rahmen seiner Multiplikator:innenschulungen das Förderprogramm des Landes Baden-Württemberg aktiv bewerben.
- Caritas und Diakonie Baden-Württemberg veranstalten regelmäßige Nachhaltigkeitskongresse und Netzwerktreffen mit und für Organisationen aus der Sozialwirtschaft, in denen das Thema nachhaltige Mobilität ein fester Bestandteil ist. Außerdem werden



im Rahmen der Klimaneutralitätsziele von Caritas und Diakonie Baden-Württemberg Konzepte und Maßnahmen auch im Bereich Mobilität entwickelt und umgesetzt.

- Die Unternehmer Baden-Württemberg werben bei ihren Mitgliedsverbänden und -unternehmen über verschiedenste Kanäle (Rundschreiben, Fachgremiensitzungen, ...) für Wege hin zu einem klimaverträglicheren Mobilitätsmanagement.
- Der Handelsverband informiert und berät seine Mitgliedsunternehmen zum Thema nachhaltige Mobilität und informiert auch über entsprechende Fördermöglichkeiten des Bundes und des Landes.
- Seit 2018 unterstützt das Ministerium für Verkehr mit dem Förderprogramm B<sup>2</sup>MM „Betriebliches und Behördliches Mobilitätsmanagement“ Arbeitgeber in Baden-Württemberg, die nachhaltiger mobil sein wollen. Im Rahmen des Förderprogramms werden regelmäßige Netzwerktreffen organisiert.

## Konkrete Schritte

Als Partner:innen im Bündnis „Verkehrswende in der Arbeitswelt“ ergreifen wir folgende konkrete Schritte, um die vorher genannten Ziele umzusetzen:

### 1. KLIMAFREUNDLICHE ANTRIEBE IN DER FIRMIENWAGENFLOTTE

Die Partner:innen stellen als Vorreiter für klimafreundliche Antriebe bereits jetzt ihre Fahrzeugflotte auf klimaneutrale Antriebe um:



- Bei SAP werden ab 2025 Beschäftigte mit Anspruch auf einen Dienstwagen nur noch Fahrzeuge mit lokal emissionsfreiem Antrieb bestellen können. Bis spätestens 2030 wird die gesamte Fahrzeugflotte mit lokal emissionsfreiem Antrieb ausgestattet sein.
- Roche Diagnostics arbeitet seit 2021 an einer kontinuierlichen Umstellung der Dienstwagenflotte und wird die gesamte Managementflotte bis 2025 auf lokal emissionsfreie Antriebe umgestellt haben. Der Außendienst folgt bis 2030. Hierfür wird die Ladeinfrastruktur bei Beschäftigten zu Hause und am Unternehmensstandort zur Verfügung gestellt.
- Bei Bosch werden Fahrzeuge mit lokal emissionsfreiem Antrieb mit einem Klimabonus (= Kostenreduktion für Beschäftigte) versehen; bei Wahl eines Fahrzeugs mit konventionellem Antrieb werden Beschäftigte über einen Klimabeitrag an Kosten für Emissionen beteiligt.
- Die Poolfahrzeugflotte des ADAC Württemberg e.V. ist bereits seit einigen Jahren zu 100 Prozent elektrisch.
- Die Unternehmer Baden-Württemberg bestärken ihre Beschäftigten, klimaneutrale Dienstfahrzeuge auszuwählen.
- Die RKH Kliniken haben seit vielen Jahren elektrische Pool-Fahrzeuge im Einsatz.
- Am Universitätsklinikum Heidelberg werden neue Fahrzeuge bereits mit elektrischen Antrieben beschafft, sofern dies für den jeweiligen Einsatz möglich ist. Darunter auch ein E-Lkw mit

fahrzeugintegrierter Photovoltaik (entwickelt in einem Kooperationsprojekt mit dem Fraunhofer Institut).

- Bereits heute müssen die Dienststellen des Landes Baden-Württemberg ihre Kraftfahrzeuge grundsätzlich mit alternativen Antrieben beschaffen. Dabei unterstützt das Ministerium für Verkehr die Dienststellen finanziell im Rahmen der Landesinitiative Elektromobilität.
- Der Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg verfügt über zwei elektrisch betriebene Poolfahrzeuge in der Verbandszentrale. Die verbandseigenen Einrichtungen sind teilweise dabei die Dienstwagen auf E-Mobilität umzustellen.
- Die Diakonie Württemberg hat beschlossen, dass bei der Neubeschaffung von Dienstwagen nur E-Fahrzeuge bestellt werden. Generell sind Dienstwagen nur für die oberste Leitungsebene sowie zur Nutzung durch die internen Hausdienste vorgesehen. Die Mobilität in allen anderen Funktionen wird durch großzügige ÖPNV-Regelungen sichergestellt.
- Der Caritasverband für die Diözese Rottenburg-Stuttgart überarbeitet das Konzept für nachhaltige Mobilität im Rahmen seiner Nachhaltigkeitsstrategie. Dies beinhaltet sowohl die Konzepte zu klimafreundlichen Antrieben in der Firmenflotte, wie auch Konzepte zur Förderung klimafreundlicher Antriebe für Privatfahrzeuge, die dienstlich genutzt werden. Erste E-Fahrzeuge sind angeschafft.

Damit elektrische Antriebe beim Pkw genutzt werden, unterstützen die Partner:innen die entsprechende Ladeinfrastruktur:

- SAP und die Unternehmen der Schwarz Gruppe unterstützen ihre Beschäftigten finanziell beim Laden zu Hause, ermöglichen das Laden unterwegs und bauen die Ladeinfrastruktur an ihren Standorten aus.



- Der ACE Auto Club Europa wird 2023 eine Photovoltaikanlage in Betrieb nehmen, die künftig ca. 25% des Strombedarfs abdecken wird. Mit dem durch die Photovoltaikanlage gewonnenen Strom sollen dann u. a. die insgesamt 16 vorhandenen Ladestationen der Stuttgarter Zentrale betrieben werden. Davon stehen zwei Ladestationen der Öffentlichkeit barrierefrei zur Verfügung, die restlichen dienen zur Beladung der elektrischen

Dienstwagen. Bereits seit 2019 stellt der ACE Auto Club Europa seine Dienstfahrzeuge sukzessive auf batterieelektrische Fahrzeuge um und wird dies spätestens 2030 abgeschlossen haben. Zudem wird ab 2025 der tarifvertragliche monatliche Fahrtkostenzuschlag nur noch für CO<sub>2</sub>-neutrale Fahrzeuge gewährt.

- Die Unternehmen der Schwarz Gruppe fördern an ihren Einzelhandelsstandorten aktiv die Elektromobilität. An den Filialen von Kaufland und Lidl in Baden-Württemberg sind bereits 350 Ladepunkte verfügbar.
- Bosch stattet Standorte flächendeckend in Deutschland mit Ladeinfrastruktur, sowohl für Beschäftigte als auch Besucher:innen, aus. Das Abrechnungssystem für Stromkosten ist sowohl für das öffentliche Laden als auch im häuslichen Umfeld sehr nutzerfreundlich gestaltet. Bosch stellt die staatliche Förderung der BAFA in vollem Umfang den Nutzer:innen der Geschäftswagen mit Privatnutzung zur Verfügung.
- Die Vetter Pharma bietet Beschäftigten und Besucher:innen bereits an vier Firmenstandorten E-Ladesäulen mit 26 Ladepunkten, die mit regenerativem oder eigenerzeugtem Strom gespeist werden. Bis 2026 sollen alle sechs Standorte in Deutschland und Österreich mit E-Ladesäulen ausgestattet sein. Die Anzahl der Lademöglichkeiten wird entsprechend dem Bedarf und begleitend zu Infrastrukturmaßnahmen an den einzelnen Standorten weiter ausgebaut.
- Das Universitätsklinikum Heidelberg installiert 2023 16 Ladepunkte in unternehmenseigenen Parkhäusern für die Nutzung durch Beschäftigte und Besucher:innen. Ein weiterer Ausbau ist in Planung. Die Ladestationen sollen mit eigenerzeugtem Strom aus PV-Anlagen gespeist werden.
- Die komplette Tiefgarage des ADAC Württemberg e.V. ist mit Ladesäulen ausgestattet. Nicht nur Mitglieder, auch Beschäftigte werden bei der Beschaffung von Ladekarte und Ladesäule durch eine eigene beratende Abteilung unterstützt.
- Die IG Metall stellt 10 Ladepunkte für E-Autos für Beschäftigte und Gäste kostenlos bereit.
- In den zwei Tiefgaragen der RKH Kliniken stehen für die E-Fahrzeuge der Beschäftigten und die Poolfahrzeuge E-Ladesäulen zur Verfügung.

- Die Unternehmer Baden-Württemberg ermöglichen ihren Beschäftigten das elektrische Laden am Arbeitsplatz und werden diese Infrastruktur weiter ausbauen.
- In der Zentrale des Caritasverbandes für die Erzdiözese Freiburg stehen für die Poolfahrzeuge Ladesäulen bereit, die mit Strom aus der eigenen PV-Anlage gespeist werden.
- Die Diakonie Württemberg hat ihre Tiefgarage aktuell mit einzelnen Ladesäulen ausgestattet. Mit Fertigstellung der Sanierung einer weiteren Liegenschaft in 2024 wird die Ladeinfrastruktur erweitert und auch für die Beschäftigten zugänglich gemacht.
- Der Caritasverband der Diözese Rottenburg-Stuttgart stellt einzelne Lademöglichkeiten zur Verfügung. Der Ausbau wird im Rahmen der Überarbeitung des Konzeptes für nachhaltige Mobilität geplant.
- Über die Landesinitiative Elektromobilität unterstützt das Ministerium für Verkehr die Dienststellen des Landes auch bei der Installation von Ladeinfrastruktur.



## 2. DIENSTWAGEN UND KOSTENFREIES PARKEN



Die Partner:innen bieten Alternativen zum Dienstwagen:



- SAP führt im April 2023 bundesweit ein Mobilitätsbudget ein, mit dem klimaneutrale Mobilität unterstützt wird. Alle Beschäftigten mit Anspruch auf einen Dienstwagen können in Zukunft auch eine BahnCard 100 oder mit einem monatlichen Budget auswählen, ob sie privat mit dem Zug, ÖPNV, Mikromobilität, Car-Sharing, Taxi oder der Straßenbahn fahren. Damit wird eine attraktive, flexible und nachhaltige Alternative zum Dienstwagen bereitgestellt.

- Bosch stellt Beschäftigten ein Mobilitätsbudget als Alternative zum Dienstwagen bereit.



- Roche Diagnostics bietet bei Verzicht auf den Dienstwagen eine Mobility Allowance oder BahnCard 100 an. Für Pendler:innen wird bei Verzicht auf den Parkplatz ein Mobilitätsbonus für den ÖPNV zur Verfügung gestellt.

- Der DGB Baden-Württemberg wird ein flächendeckendes Betriebliches Mobilitätsmanagement mit seinen Beschäftigten durchführen, um ihnen mögliche klimaneutrale Alternativen näher zu bringen und die eigene Dienstwagenflotte zu reduzieren. Die Nutzung von Car-Sharing Modellen wird in den baden-württembergischen Geschäftsstellen ausgebaut und aktiv beworben.
- Caritas und Diakonie Baden-Württemberg testen an verschiedenen Standorten Car-Sharing Modelle.
- Das Universitätsklinikum Heidelberg hat seinen Fuhrpark in den letzten zwei Jahren um ca. 50 % reduziert und bietet nun Poolfahrzeuge an, die von Beschäftigten gebucht werden können. Steht kein Poolfahrzeug zur Verfügung, können sie Car-Sharing Fahrzeuge nutzen. Für Letztere sind zentrale Stellplätze reserviert.

Die Partner:innen gestalten ihre Reiserichtlinien klimaneutral:

- Die Vetter Pharma überprüft und überarbeitet ihre Organisationsrichtlinie Mobilität und Dienstreisen mit dem Ziel, Verkehre nach Möglichkeit zu vermeiden, zu verlagern und zu verringern und will nachhaltige Mobilitätsangebote weiter verbessern und ggf. erweitern.
- Bei Caritas und Diakonie in Baden-Württemberg haben für Dienstreisen öffentliche Verkehrsmittel Priorität. Abweichungen müssen begründet werden. Bei Nutzung von Pkw wird darauf geachtet Fahrgemeinschaften zu bilden. Bei der Diakonie Württemberg werden für Tagungen und Veranstaltungen gezielt Orte mit guter ÖPNV-Anbindung ausgewählt. Mobilität mit dem ÖPNV wird entsprechend unterstützt.
- Die Reiserichtlinie des Universitätsklinikum Heidelberg sieht vor Reisen wo möglich zu vermeiden, wenn beispielsweise digitale Alternativen genutzt werden können. Weiterhin werden klimaschonende Verkehrsmittel wie der öffentliche Fern- und Nahverkehr priorisiert, auch wenn dies mit Mehrkosten verbunden ist. Inlandsflüge müssen begründet werden.



Bei den Partner:innen werden Alternativen zu kostenfreiem Parken eingeführt oder auf kostenlose Parkplätze verzichtet:



- Der ACE Auto Club Europa stellt schon heute an seinen Standorten Parkraum für Beschäftigte nicht mehr kostenlos zur Verfügung. Der früher kostenlos zur Verfügung gestellte Parkraum wurde in ein kostenpflichtiges System umgewandelt. Die monatlichen Parkgebühren fließen vollständig in den betrieblichen Gesundheitsfond, aus dem auch ein Zuschuss für Dienstradleasings finanziert wird.
- Das RKH Klinikum Ludwigsburg zahlt eine Prämie beim Verzicht auf einen Pkw-Parkplatz.
- Das Universitätsklinikum Heidelberg stellt keine kostenlosen Parkplätze zur Verfügung. Überschüsse aus der Parkraumbewirtschaftung werden für Zuschüsse zum Jobticket bzw. Deutschlandticket genutzt. In Zukunft sollen darüber auch anderweitige Angebote zur nachhaltigen Mobilität wie Radförderung, Erweiterung der Fahrradabstellanlagen etc. finanziert werden.
- Seit 2018 überführt das Land Baden-Württemberg die landeseigenen Stellplätze im Freien schrittweise in die Bewirtschaftung durch die Parkraumgesellschaft Baden-Württemberg mbH (PBW).



### 3. BUS UND BAHN ATTRAKTIVER MACHEN

Jobtickets und Zuschüsse zum ÖPNV können für Beschäftigte Anreize setzen den ÖPNV für den Arbeitsweg zu nutzen:



- Die Vetter Pharma bietet den Beschäftigten das 49 € Ticket als Jobticket an und übernimmt die Kosten komplett.



- VVS hat sich gemeinsam mit anderen Branchenakteuren intensiv – und letztlich mit Erfolg – dafür eingesetzt, dass es das Deutschlandticket auch als JobTicket geben wird. Bei einem Arbeitgeberzuschuss von 25 Prozent (zu Beginn also 12,25 €) gibt es weitere 5 Prozent Rabatt. Selbstverständlich werden die Verkehrsunternehmen interessierte Arbeitgeber hierzu beraten und bei der Umsetzung unterstützen.

- Beim ACE Auto Club Europa werden die Kosten für ein entsprechendes Job- oder Firmenticket bis zu einer Höhe von 150 Euro pro Monat durch den Arbeitgeber übernommen.
- SAP, die RKH Kliniken und der ADAC Württemberg e.V. bieten Beschäftigten einen Zuschuss (Bsp. Jobticket) an.
- Die IG Metall übernimmt die Kosten des Deutschlandtickets vollständig durch den Arbeitgeber.
- Der Handelsverband Baden-Württemberg e.V. bietet seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern das 49-Euro-Ticket an.
- Der Caritasverband der Diözese Rottenburg-Stuttgart bietet das Deutschlandticket im Rahmen des Jobtickets flächendeckend für alle Beschäftigten an, flankiert mit attraktiven Bahncard-Regelungen. Bei der Diakonie Württemberg und dem Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg wird das Deutschlandticket analog zur bisherigen Förderung der ÖPNV-Tickets bezuschusst. Der Zuschuss wurde im Zuge der Einführung des Deutschlandtickets nochmals erhöht.
- Die Unternehmen der Schwarz Gruppe bieten den Beschäftigten der Unternehmenszentralen in der Region Heilbronn Jobtickets an.
- Einzelne Bosch-Standorte unterstützen ihre Beschäftigten mit einem Zuschuss zum Jobticket.
- Das Universitätsklinikum Heidelberg bezuschusst das Jobticket seit 2007 mit 10,00 € monatlich für alle Jobticket-Berechtigte. Am 1. Mai 2023 wurde das Jobticket in das Deutschlandticket überführt. Letzteres wird mit 25 % für alle Beschäftigten, die das Ticket in Anspruch nehmen, bezuschusst.
- Seit 2016 bietet das Land Baden-Württemberg ein bezuschusstes Jobticket für die Beschäftigten der Landesverwaltung an. Der Zuschuss zum JobTicket BW beträgt 25 Euro pro Monat. Das neue Deutschlandticket Job wird analog der bisherigen Jobticketmodelle als JobTicket BW für die Beschäftigten der Landesverwaltung bezuschusst werden.

Mobilitätsbefragungen und Wohn-Standort-Analysen sowie die Zusammenarbeit mit Kommunen sind zentrale Instrumente, um die Anbindung an den ÖPNV zu verbessern:



- Die baden-württembergischen IHKs und das HANDWERK BW setzen sich als Interessenvertreter der Wirtschaft für die ÖPNV-Erreichbarkeit von Gewerbegebieten ein. Zudem beteiligen sie sich als Träger öffentlicher Belange bereits bei der Planung neuer Gewerbegebiete und bringen die ÖPNV-Erreichbarkeit als wichtigen Standortfaktor ein. Die Umweltberatungen der Handwerkskammern können zu Wohn-Standort-Analysen beitragen.



- An vielen Bosch-Standorten wurden bereits Mobilitätsanalysen durchgeführt, aus denen gezielte Maßnahmen zur Ergänzung und Stärkung eines multimodalen Mobilitätsportfolios abgeleitet wurden, die Topografie des Standorts, Bedürfnisse der Beschäftigten und strategische Ziele des Betrieblichen Mobilitätsmanagements berücksichtigen. Intern werden die Maßnahmen unter der Kampagne „go for mobility“ beworben.

- Die Unternehmer Baden-Württemberg setzen sich für die ÖPNV-Erreichbarkeit von Gewerbegebieten ein.
- Unter den Beschäftigten der RKH Kliniken werden regelmäßig Mobilitätsumfragen durchgeführt, die zur Überprüfung der eingeleiteten Maßnahmen führen.
- Die Diakonie Württemberg führt in regelmäßigen Abständen Mobilitätsbefragungen durch, um die Beschäftigten in ihren Bedürfnissen mit Blick auf die ÖPNV-Regelungen bestmöglich zu unterstützen.
- Der Caritasverband der Diözese Rottenburg-Stuttgart führt im Rahmen seines Klimaschutzkonzeptes regelmäßige Mobilitätsbefragungen durch.

Unternehmensfinanzierte Shuttles können eine attraktive Alternative zur Fahrt mit dem eigenen Pkw sein:



- Bosch bietet mit sechs Linien ein umfangreiches Shuttlebus-Angebot für Beschäftigte im Großraum Stuttgart an – die Busse sind mit WLAN ausgestattet, die Fahrtzeit kann als Arbeitszeit genutzt werden; der Hauptfokus des Busverkehrs liegt auf dem Zubringerverkehr zu Standorten, teilweise werden die Busse auch zur Überbrückung der „last mile“ zwischen ÖPNV und Standort eingesetzt.

- Um den ÖPNV auch auf der letzten Meile für seine Beschäftigten attraktiv zu machen, setzen die Unternehmen der Schwarz Gruppe seit Sommer 2022 ein autonomes Shuttle vom Bahnhof Bad Wimpfen zur Unternehmenszentrale ein.
- Roche Diagnostics bietet bei Parkplatzverzicht einen Mobilitätsbonus an. Vielfahrer:innen können hierbei das Deutschlandticket nutzen, Gelegenheitsfahrer:innen ein flexibles Budget. Bahnhöfe werden durch ein öffentliches Bikesharing schneller erreichbar. An einer optimierten Anbindung wird gemeinsam mit den Verkehrsunternehmen gearbeitet.
- Bei Vetter Pharma wird das Arbeiten im Zug als Arbeitszeit anerkannt und macht die Nutzung des ÖPNV zusätzlich attraktiv. Ziel ist es, den Anteil an ÖPNV-Nutzer:innen bis 2029 bezogen auf das Basisjahr 2019 zu verdoppeln. Entscheidende Voraussetzung zur Zielerreichung ist eine signifikante Verbesserung des ÖPNV-Angebotes.



#### 4. ANREIZE ZUM RADFAHREN UND GEHEN ERHÖHEN

- Radleasing-Modelle oder Zuschüsse bzw. Rabatte für den privaten Fahrradkauf sind bei Bosch, Vetter Pharma, den Unternehmen der Schwarz Gruppe, dem Land Baden-Württemberg, beim ACE Auto Club Europa, Roche, den RKH Kliniken, ADAC Württemberg e.V sowie Unternehmer Baden-Württemberg bereits seit längerer Zeit etablierte Modelle der Fahrradförderung.



- Die IG Metall hat die Grundlage für die betrieblichen Regelungen zum Fahrradleasing für die Betriebe der Metall- und Elektroindustrie in Baden-Württemberg abgeschlossen.

- Bei Bosch sind inzwischen mehr als 30.000 JobRäder in Deutschland unterwegs, eine Förderung des Arbeitgebers unterstützt Beschäftigte bei der Finanzierung.
- Der ADAC Württemberg e.V. bietet in Kooperation mit der JobRad GmbH die Möglichkeit, über den ADAC Württemberg e. V. ein Fahrrad zu leasen. Auch der Handelsverband Baden-Württemberg e.V. bietet in Kooperation mit der JobRad GmbH seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Möglichkeit, ein Fahrrad zu leasen.



- Der ADFC zertifiziert fahrradfreundliche Betriebe mit EU-abgestimmten Siegeln. Die Erfahrungen daraus stellt er für andere Organisationen als best practice bereit. Der ADFC BW berät Unternehmen auf Basis von Analysen und Befragungen auf dem Weg zur Fahrradfreundlichkeit und schafft Verknüpfungen zur lokalen Verwaltung, um infrastrukturelle Bedarfe der Unternehmen abstimmen zu können. Der ADFC bietet radspaß-Fahrtrainings und andere Dienstleistungen (z. B. geführte Unternehmensausflüge, Infostände/Vorträge/Workshops im Rahmen von Gesundheits- und Mobilitätstagen etc.) für Unternehmen an, damit Beschäftigte zum Radpendeln motiviert werden und Radpendler:innen sicher mit dem Rad zur Arbeit kommen.
- SAP bietet das JobRad Leasing sehr erfolgreich an. Rechnerisch fährt jeder zweite Beschäftigte bereits ein Jobrad bei SAP. Auf dem Campus in Walldorf bietet SAP seinen Beschäftigten ein Leihradsystem (Bikesharing) an, um Wege zwischen unterschiedlichen Gebäuden zu ermöglichen.
- Der Caritasverband der Diözese Rottenburg-Stuttgart und das Diakonische Werk Württemberg bieten Dienstrad-Leasing für ihre Beschäftigten an.
- Der Caritasverband der Diözese Rottenburg-Stuttgart unterhält vereinzelt Pool-Diensträder.
- Das Universitätsklinikum Heidelberg ist im Gespräch mit Arbeitnehmervertretungen, um die Einführung von Leasingrädern zu ermöglichen. Außerdem plant das Universitätsklinikum Heidelberg seinen Beschäftigten einen vergünstigten VRN-Nextbike Businessstarif anzubieten.

Die Partner:innen schaffen mit Radabstellanlagen und Einrichtungen für Radpendler:innen die Möglichkeiten auf das Fahrrad, Pedelec oder E-Bike umzusteigen:



- Das Universitätsklinikum Heidelberg, die RKH Kliniken und die Vetter Pharma bieten attraktive Fahrradabstellanlagen, Lademöglichkeiten für E-Bikes und Verleihradsystem an.



- An den RKH Kliniken sind zudem Umkleiden, Duschen und Trockenraum für die Fahrradkleidung verfügbar. Um das Gelände der Klinik in Ludwigsburg herum gibt es mehr Radabstellplätze als in der Innenstadt von Ludwigsburg.



- Das Universitätsklinikum Heidelberg hat weiterhin beschlossen die Radabstellanlagen auszubauen. Dazu führt das UKHD 2023 im ersten Schritt eine Bedarfsanalyse aus. Das UKHD organisiert regelmäßig Aktionen für Radfahrer:innen: Radchecks (zweimal jährlich), Routen- und Helmberatung, Aktion plus 5 für sichereres Radfahren etc. und nimmt an Aktionen wie „Mit dem Rad zur Arbeit“ und „Stadtradeln“ teil, um mehr Beschäftigte zum Radfahren zu motivieren.

- Roche Diagnostics ergänzt sein Radleasingangebot mit einem regelmäßigen Fahrrad-Check, Reparaturstationen, Lademöglichkeiten, Fahrradtaschen, Spinde und Duschen und Aktionstage (Weltfahrradtag), um den Anreiz auf das Fahrrad umzusteigen zu erhöhen.
- Bei Caritas und Diakonie Baden-Württemberg werden geschützte Fahrradstellplätze zur Verfügung gestellt. Vereinzelt gibt es Fahrradwerkstätten mit Reparaturwerkzeug und Duschen mit Umkleide vor Ort.
- Die Diakonie Württemberg stellt einen Ladeschrank für E-Bike Akkus zur Verfügung. Darüber hinaus gibt es bei der Diakonie Württemberg Fahrradbeauftragte, die Beschäftigte dabei unterstützen zu Radpendler:innen zu werden.
- Bei Bosch verfügt jeder Standort über Einrichtungen für Radfahrer:innen: Abstellplätze – z. B. in Reutlingen in einem „Fahrradturm“ – Umkleide, Duschen, teilweise auch Reparatur- und Reinigungsmöglichkeiten. Immer mehr Bosch-Standorte öffnen sich auch für die Einfahrt mit

dem Fahrrad und positionieren das Verkehrsmittel damit als zeiteffizient, weil die Beschäftigten sich den Fußweg vom Parkplatz sparen.

- Der ADAC Württemberg e.V. stellt seinen Beschäftigten in der Verwaltung sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder jeglicher Art zur Verfügung. Geplant ist zudem die Aufnahme von drei Pedelecs in die Poolfahrzeugflotte des ADAC Württemberg e.V.
- Die Vetter Pharma hat sich das Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2029 die Umweltauswirkungen durch den Pendlerverkehr um 10 Prozent zu reduzieren und den Anteil an Radfahrer:innen bis 2029 bezogen auf das Basisjahr 2019 zu verdoppeln. Schon heute bietet das Unternehmen seinen knapp 6.000 Beschäftigten an sechs Standorten über 700 überdachte und zutritts-gesicherte Fahrradstellplätze, großteils samt Lademöglichkeiten für Pedelecs und Fahrrad-reparaturstation. Weitere Standorte folgen. Die Beteiligung an einem Pedelec-Verleihsystem fördert das umweltfreundliche Pendeln zwischen Unternehmensstandorten. Das geschaffene Angebot an Duschen und Umkleidemöglichkeiten für Radfahrer:innen wird da, wo möglich, bedarfsorientiert weiter ausgebaut.
- Das Ministerium für Verkehr unterstützt die Landesdienststellen finanziell bei der Beschaf-fung und Errichtung von Vorhaben zur Verbesserung der Radinfrastruktur.
- Die baden-württembergischen IHKs setzen sich als Interessenvertreter der Wirtschaft für die Erreichbarkeit von Gewerbegebieten bzw. großen Unternehmen mit dem Fahrrad ein. Beispiels-weise setzen sich die BW-IHKs bei der Trassenfindung von Radschnellwegen explizit für eine attraktive und sichere Routenführung für Fahrradpendler:innen ein. Zudem beteiligen sie sich als Träger öffentlicher Belange bereits bei der Planung neuer Gewerbegebiete und bringen die Fahrrad-Erreichbarkeit als wichtigen Standortfaktor ein.
- Zusammen mit der Stadt Walldorf arbeitet SAP am Radwegekonzept der Stadt, bei dem der Anschluss an Radschnellverbindungen bzw. Premium-Pendlerrouen mitberücksichtigt wird.



## 5. MITFAHREN FÖRDERN UND MOBILES ARBEITEN AUSBAUEN

Die Förderung des Mitfahrens unterstützen die Partner:innen auf vielfältige Weise:



- Das Mitfahren fördern die Unternehmen der Schwarz Gruppe, SAP, Roche Diagnostics und das RKH Klinikum – nicht nur für die eigenen Beschäftigten – mit der Mitfahrplattform „twogo“.
- Bei Vetter Pharma wird im Jahr 2023 eine virtuelle Landkarte aktiviert, die die Selektierung nach Wohnort, Arbeitsstelle und Arbeitszeitmodell erlaubt und damit den Beschäftigten die für ihre Arbeitssituation vorhandenen Potentiale für eine Fahrgemeinschaft aufzeigt. In einem weiteren Schritt soll den Beschäftigten eine Mitfahrapp zur Verfügung gestellt werden, die es dem Arbeitgeber ermöglicht das Zustandekommen von Fahrgemeinschaften zu monitoren. Ziel ist es, den Anteil an Fahrgemeinschaften bis 2029 bezogen auf das Basisjahr 2019 zu verdoppeln.
- Der ADAC Württemberg e.V. bietet mit der Plattform Pendlernetz nicht nur seinen Mitgliedern, sondern auch allen Beschäftigten die Möglichkeit, den täglichen Weg zur Arbeit gemeinsam zu gestalten.

Mobiles Arbeiten hilft Wege zu vermeiden:

- Die Vetter Pharma hat die technischen und organisatorischen Voraussetzungen für bis zu 40 Prozent mobiles Arbeiten pro Monat in den Bereichen geschaffen, in denen dies möglich ist. Diese Möglichkeit wollen wir gemeinsam mit den Beschäftigten weiterentwickeln.
- Bosch unterstützt mit der Initiative „Smart Work“ das flexible und mobile Arbeiten – sofern es die Aufgabe und die Zusammenarbeit im Team zulässt, hat jeder Beschäftigte die Möglichkeit, das Beste aus beiden Welten (Arbeiten am Standort und mobiles Arbeiten) umzusetzen. Zudem bietet Bosch an vielen Standorten „Co-Working Flächen“ an, die es Beschäftigten ermöglichen, an einem Standort, der beispielsweise näher an ihrem Wohnort liegt, zu arbeiten.
- Der ACE Auto Club Europa ermöglicht seinen Beschäftigten bis zu 60 Prozent der wöchentlichen Soll-Arbeitszeit im Homeoffice zu erbringen.



- Die RKH Kliniken bieten Homeoffice an bis zu fünf Arbeitstagen pro Woche an.
- Der Caritasverband der Diözese Rottenburg-Stuttgart, das Diakonische Werk Baden und der Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg bieten mobiles bzw. ortsflexibles Arbeiten an bis zu fünf Arbeitstagen pro Woche an.
- Im ADAC Württemberg e.V. wird das mobile Arbeiten ständig weiter ausgebaut und angewandt.
- Bei der Diakonie Württemberg wird mobiles Arbeiten gefördert und Konzepte zu Mobile Work stetig weiterentwickelt. Für die Beschäftigten besteht zusätzlich die Möglichkeit zum Abschluss einer Vereinbarung eines Telearbeitsplatzes.
- Das Universitätsklinikum Heidelberg ermöglicht mobiles Arbeiten, dort wo es von den Arbeitsanforderungen und organisatorisch möglich ist.

## 6. WISSENSTRANSFER, NETZWERK UND FÖRDERUNG

Die Partner:innen sind überzeugt, dass Betriebliches Mobilitätsmanagement einen wesentlichen Beitrag für mehr nachhaltige Mobilität im Pendel- und Besuchsverkehr leisten kann. Damit noch mehr Unternehmen und Organisationen Maßnahmen ergreifen, werden sie den Wissenstransfer und die Netzwerke zum Betrieblichen Mobilitätsmanagement stärken:



- Der DGB Baden-Württemberg wird seine Multiplikator:innenschulung zum Betrieblichen Mobilitätsmanagement ausbauen, um Betriebs- und Personalräte für das Thema zu begeistern und für die Durchführung zu gewinnen. Er wird im Rahmen seiner Multiplikator:innenschulungen das Förderprogramm des Landes Baden-Württemberg aktiv bewerben.



- Caritas und Diakonie Baden-Württemberg veranstalten regelmäßige Nachhaltigkeitskongresse und Netzwerktreffen mit und für Organisationen aus der Sozialwirtschaft, in denen das Thema nachhaltige Mobilität ein fester Bestandteil ist. Außerdem werden im Rahmen der Klimaneutralitätsziele von Caritas und Diakonie Baden-Württemberg Konzepte und Maßnahmen auch im Bereich Mobilität entwickelt und umgesetzt.



- Die Unternehmer Baden-Württemberg werben bei ihren Mitgliedsverbänden und -unternehmen über verschiedenste Kanäle (Rundschreiben, Fachgremiensitzungen, ...) für Wege hin zu einem klimaverträglicheren Mobilitätsmanagement.



- Der Handelsverband informiert und berät seine Mitgliedsunternehmen zum Thema nachhaltige Mobilität und informiert auch über entsprechende Fördermöglichkeiten des Bundes und des Landes.



- Seit 2018 unterstützt das Ministerium für Verkehr mit dem Förderprogramm B<sup>2</sup>MM „Betriebliches und Behördliches Mobilitätsmanagement“ Arbeitgeber in Baden-Württemberg, die nachhaltiger mobil sein wollen. Im Rahmen des Förderprogramms werden regelmäßige Netzwerktreffen organisiert.

- Die baden-württembergischen IHKs informieren ihre Mitgliedsunternehmen über Förderangebote z. B. durch:
  - Veranstaltungen, Internetauftritte und Printmedien, auch in Kooperation mit anderen Bündnispartnern bzw. weiteren Institutionen
  - Eigene Studien und Untersuchungen zum Thema, inkl. Wissenstransfer und Best Practice für die Mitgliedsunternehmen
  - Service und Beratungsleistung für Mitgliedsunternehmen, z. B. zu klimaneutralen Antriebstechnologien und zu Fördermitteln
- Die Vetter Pharma teilt ihr Wissen in einem Netzwerk Mobilität in der Region Bodensee Oberschwaben mit anderen Unternehmen und ist in aktivem Austausch mit kommunalen und regionalen Entscheidungsträgern, um an Lösungen zur Verbesserung des regionalen ÖPNV-Angebotes wie auch der Fahrradinfrastruktur mitzuwirken.
- Durch die RKH Kliniken wurde bereits 2019 eine überregionale Mobilitätsveranstaltung mit zahlreichen Akteuren aus dem Bereich des Betrieblichen Mobilitätsmanagements angeboten. Über 100 Teilnehmer aus ganz Baden-Württemberg besuchten die Veranstaltung. In zahlreichen

Veranstaltungen wurden die Beispiele des Betrieblichen Mobilitätsmanagements unter dem Motto „Abschreiben erlaubt“ vorgestellt.

- Das Universitätsklinikum Heidelberg ist im Projekt Betriebliches Mobilitätsmanagement der Stadt Heidelberg zusammen mit sieben weiteren Organisationen mit den Kooperationspartnern aus Stadtverwaltung, IHK Rhein-Neckar, DGB, Klimaschutz- und Energie-Beratungsagentur, Kreishandwerkerschaft, Rhein-Neckar-Verkehr GmbH und dem Verkehrsverbund Rhein-Neckar in einem Netzwerk aktiv, das zugleich die Verkehrswende in der Stadt insgesamt voranbringt.
- SAP und die Unternehmen der Schwarz Gruppe bringen sich in den vom Land initiierten Mobilitätspakten Wiesloch/Walldorf bzw. Heilbronn/Neckarsulm in Netzwerke vor Ort ein und arbeiten aktiv mit an regionalen Lösungen für nachhaltige Mobilität. Darüber hinaus erfolgt ein Dialog mit weiteren Unternehmen regional und überregional.
- Bosch teilt good practices auf kommunaler und Landesebene und bringt sich bei Veranstaltungen von Land und Verkehrspakten ein.
- Die ACE-Abteilung „Gute Wege“ berät und unterstützt Arbeitgeber und Kommunen seit mehr als acht Jahren bei der Einführung und Weiterentwicklung eines Betrieblichen Mobilitätsmanagements. Sie unterstützt Arbeitgeber und Kommunen auf Grundlage von Analysen und Befragungen, bei der Einführung und Umsetzung von Maßnahmen, welche die Nutzung des Fahrrades, des Nah- und Fernverkehrs, der Elektromobilität und geteilter Mobilität fördern und Anreize zum Umstieg auf nachhaltige Alternativen schaffen. Der ACE Auto Club Europa erstellt Standort- und Potenzialanalysen, unterstützt als zertifizierter Berater für Elektromobilität bei einer entsprechenden Einführung und Umsetzung, erstellt individuelle Maßnahmenkataloge und organisiert Workshops und Mobilitätstage. Im Rahmen der vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz geförderten Klima-Pendel-Challenge bietet der ACE Auto Club Europa einen Mobilitätswettbewerb für Beschäftigte an, welcher das Testen und Ausprobieren von nachhaltiger Mobilität fördert und ebenso eine Verstetigung der Nutzung von Mobilitätsalternativen erreichen soll.

- Der ADAC Württemberg e.V. berät mit einer Vielzahl an Abteilungen seine Mitglieder im Bereich Mobilität und Nachhaltigkeit. Er bietet in Kooperation mit der EnBW eine Ladekarte an und informiert im Internet und vor Ort die breite Masse über die Themen E-Mobilität. Zudem ist der ADAC als Träger öffentlicher Belange in einer Vielzahl an Ausschüssen, Arbeitsgemeinschaften und Sitzungen beteiligt.
- Das KfZ-Gewerbe bringt sich bei der Verkehrswende in Baden-Württemberg aktiv ein und unterstützt im Netzwerk sowie andere Unternehmen bei der Umstellung hin zu einer klimafreundlichen Firmenwagenflotte. Das Elektrogewerbe wirkt in derselben Funktion beim Ausbau der Ladeinfrastruktur.

Das Bündnis wird von den Unternehmen RKH Kliniken, Robert Bosch GmbH, Roche Diagnostics GmbH, SAP SE, Schwarz Mobility Solutions GmbH, Universitätsklinikum Heidelberg, Vetter Pharma-Fertigung GmbH & Co. KG sowie den Verbänden bzw. Verkehrsverbund ACE Auto Club Europa e.V., ADAC Württemberg e.V., ADAC Südbaden e.V., ADAC Nordbaden e.V., Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club Baden-Württemberg e.V., Baden-Württembergischer Industrie und Handelskammertag, Caritas Baden-Württemberg, Deutscher Gewerkschaftsbund Baden-Württemberg, Diakonie Baden-Württemberg, Handelsverband Baden-Württemberg e.V., HANDWERK BW, Industriegewerkschaft Metall Baden-Württemberg, Unternehmer Baden-Württemberg e.V., Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Baden-Württemberg, Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart GmbH und dem Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg gegründet.

